

Ferienflüge verboten?



Der Kanton Zürich soll im «Hauruck-Verfahren» klimaneutral werden: Die Revision des Zürcher Energiegesetzes 2025 will das Ziel **Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2040** gesetzlich verankern. Dieses Netto-Null-Ziel bedeutet, dass spätestens in 15 Jahren praktisch keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr genutzt werden dürfen. Schon das nationale Netto-Null-Ziel ist ambitioniert und kaum ganz erreichbar. Dass der Kanton Zürich das Klimaziel nun noch verschärft, ist völlig übertrieben. Deshalb sagen wir entschieden **«NEIN** zum Zürcher Klima-Wahn»!



**Zürcher
Klima-Wahn**

NEIN

am 28. September
energiegesetz-nein.ch

Argumentarium **NEIN** zum Energiegesetz

Was als klimapolitischer Triumph verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als unrealistisches Vorhaben mit gefährlichen Nebenwirkungen. **Drei Hauptargumente** sprechen klar für ein NEIN zu diesem Gesetzesprojekt:

NEIN zu unrealistischen Klimazielen

Erstens basiert es auf überhöhten Klimazielen und illusorischen Annahmen, die nur mit **radikalen Verboten** durchsetzbar wären.

NEIN zu hohen Kosten fürs Wohnen und Arbeiten

Zweitens hätte eine ernsthafte Umsetzung **verheerende Folgen für Haushalte und die Wirtschaft** im Kanton Zürich.

NEIN zu unglaublicher Symbolpolitik

Drittens ist das Vorhaben reine **Symbolpolitik**. Der Kanton verspricht etwas, das er selbst gar nicht umsetzen kann. Im Folgenden werden diese drei zentralen Argumente vertieft und mit konkreten Beispielen erläutert.

Die Zürcher SVP hat im Kantonsrat das Behörden-Referendum ergriffen. Auch der Regierungsrat wollte kein unrealistisches Netto-Null-Ziel bis 2040 im Energiegesetz. Nun haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich das letzte Wort. Abgestimmt wird am 28. September dieses Jahres.

NEIN zu unrealistischen Klimazielen

Das Netto-Null-Ziel bis 2040 für den Kanton Zürich ist überambitioniert und realitätsfremd. Es handelt sich um **Klimapolitik der Illusionen**: ein Wunschziel ohne Bodenhaftung. Fakt ist, dass ein derartiges Ziel nur mit drastischen Verboten und Zwangsmassnahmen überhaupt denkbar wäre. **Deshalb sagen wir NEIN zum Zürcher Energiegesetz.** Ohne massive Verbotspolitik ist Netto-Null 2040 nicht erreichbar. Der Zürcher Klima-Wahn tut allen nur weh.

Schon ein Blick auf die praktischen Konsequenzen zeigt die Absurdität dieses Vorhabens. Um bis 2040 klimaneutral zu werden, müssten sämtliche Fahrzeuge mit Benzin- oder Dieselmotor von Zürichs Strassen verschwinden – in nur 15 Jahren dürfte kein einziges Auto mit fossilem Antrieb mehr unterwegs sein. Stellen Sie sich vor: Ihr **Familienauto**, das vielleicht erst ein paar Jahre alt ist, müsste weit vor seinem Lebensende verschrottet und durch ein teures Elektroauto ersetzt werden. Gleiches gilt für Lieferwagen, Lastwagen, Traktoren und Baumaschinen – die gesamte Fahrzeugflotte im Kanton müsste zwangsweise auf Elektro- oder andere emissionsfreie Antriebe umgestellt werden.

Auch **fossile Heizungen in Gebäuden** dürften bis dahin nicht mehr existieren: Zehntausende Ölheizungen und Gasheizungen in Wohnhäusern und Gewerbeliegenschaften müssten innerhalb kurzer Zeit durch elektrische Wärmepumpen oder andere klimaneutrale Systeme ersetzt werden. Selbst wer seine Heizung erst vor wenigen Jahren installiert hat, würde gezwungen, sie lange vor Ende ihrer Lebensdauer herauszureissen. Ein solcher Radikalumbau aller Heizungen und Motoren in so kurzer Frist ist absolut utopisch. Betroffen wären auch viele Wärmeverbände im Kanton Zürich, die heute mit Erdgas nachhelfen, dass Wohnungen und Häuser im Winter geheizt werden können.

Die realitätsfremden Politiker der Klima-Allianz verkaufen der Bevölkerung jedoch die Illusion, all das sei machbar – als ginge es nur darum, ein **ehrgeiziges Ziel** zu verkünden. Tatsache ist: **Netto-Null 2040 ist reines Wunschdenken.** Die Realität wird ignoriert.

Auch der Zürcher Regierungsrat hatte **Bedenken** und plädierte dafür, sich am realistischen Tempo des Bundes (Netto-Null 2050) zu orientieren. Doch eine linke Mehrheit im Kantonsrat setzte sich mit dem radikalen Netto-Null-Ziel von 2040 durch – ungeachtet der Frage, wie dieses Ziel überhaupt erreicht werden könnte. So wird **Politik nach dem Prinzip Hoffnung** gemacht: Man schreibt ein Ziel ins Gesetz und vertraut darauf, dass irgendein Wunder das Unmögliche möglich macht.

NEIN zu hohen Kosten fürs Wohnen und Arbeiten

Was bedeutet es konkret, wenn die Politik ein solches Extrem-Ziel tatsächlich umsetzen will? **Die Folgen für Menschen und Wirtschaft im Kanton Zürich wären gravierend.** Die ehrgeizige Klimavorgabe bleibt nicht folgenlos – sie würde unseren Alltag, unsere Wohnkosten und unsere Arbeitsplätze drastisch beeinträchtigen. **Mit welchen Kosten und Einschränkungen müssten wir rechnen?** Drei Dinge sind klar:

- 1** Enorme finanzielle Belastungen für private Haushalte.
- 2** Die Wirtschaft des Kantons würde grossen Schaden nehmen. Firmen würden vertrieben, Arbeitsplätze würden verschwinden.
- 3** Es kommt zu einer Flut neuer Vorschriften. Mehr Bürokratie und höhere Steuern wären die Folge.

Die Umsetzung des Zürcher Klima-Wahns trifft uns alle mit voller Wucht. Deshalb sagen wir NEIN zum neuen Energiegesetz!

Für Hauseigentümer und Mieter zeichnet sich ein Albtraum ab. **Zwangssanierungen** wären die Regel. Wenn wirklich sämtliche fossilen Heizungen in Rekordzeit ersetzt werden müssen, bedeutet das praktisch: Egal, ob sich ein Eigentümer die neue Heizung leisten kann oder nicht – er muss umrüsten, ansonsten wird sein Gebäude irgendwann nicht mehr beheizt werden dürfen.

Hauseigentümer, die die teuren Umbauten finanziell nicht stemmen können, stünden vor dem finanziellen Ruin. Im Extremfall käme dies einer **kalten Enteignung** gleich, weil Immobilieneigentum ohne nutzbare Heizung massiv an Wert verliert. Die Kosten solcher Sanierungen gehen schnell in die Zehntausende Franken pro Haushalt. Die Kosten würden auch viele Mieter zu spüren bekommen, wenn Vermieter die Kosten der Zwangssanierungen auf die Miete umlegen. Und wer Pech hat, findet gar keinen Installateur, weil die Fachkräfte fehlen.

Auch das angestrebte **Autoverbot durch die Hintertür** führt zu grosser sozialer Ungerechtigkeit: Nicht jeder kann sich spontan ein neues Elektroauto leisten oder komplett auf den ÖV oder Lastenvelos umsatteln. Familien, Pendler, Gewerbetreibende – sie alle würden von einem forcierten Ende des Verbrennungsmotors empfindlich getroffen. Besonders betroffen davon wären auch die Einwohner in den ländlicheren Gebieten des Kantons Zürich. Dort ist der öffentliche Verkehr deutlich weniger ausgebaut und die Menschen sind auf ein Auto angewiesen.

Argumentarium **NEIN** zum Energiegesetz

Auch die Unternehmen blieben nicht verschont. **Energieintensive Betriebe** – von der Bäckerei, die Gas zum Backen nutzt, bis zum Industriebetrieb mit hohen Prozess-Temperaturen – müssten ihre ganze Produktionstechnologie umstellen. Wo heute noch Gas oder Öl für Wärmeprozesse unverzichtbar sind, gibt es oft (noch) keine gleichwertigen Alternativen.

Sollte der Kanton Zürich tatsächlich auf Netto-Null 2040 beharren, hätten solche Firmen nur zwei Optionen: Entweder sie investieren horrenden Summen in unausgereifte Technologien, oder sie verlagern ihre Produktion in einen weniger restriktiven Kanton oder ins Ausland. **Die Folge wäre eine schleichende Deindustrialisierung** des Kantons. Arbeitsplätze gingen verloren, Steuereinnahmen würden wegbrechen – und das alles, um den klimaneutralen Musterknaben zu spielen. Besonders hart träfe es das Gewerbe und die Landwirtschaft: Vom Bagger auf der Baustelle bis zum Traktor auf dem Feld sind heute viele Maschinen auf Diesel angewiesen.

Ein faktisches Verbot fossiler Energien würde diese Betriebe vor unlösbare Probleme stellen. Synthetische Treib- und Brennstoffe könnten zwar eine Alternative sein, doch sind solche Bio- oder E-Fuels in absehbarer Zeit **nicht annähernd in genügender Menge verfügbar** und enorm teuer. Man würde also dem Gewerbe und der Landwirtschaft die Grundlage entziehen, ohne realistische Ersatzlösung.

Zudem hätte die gesetzliche Festschreibung von Netto-Null 2040 eine **Lawine an Regulierung und Bürokratie** zur Folge. Klimabehörden und Aufsichtsorgane würden sich berufen fühlen, immer strengere Vorschriften zu erlassen, um das ferne Ziel irgendwie zu erreichen. Neue **Gebote und Verbote** würden ins Haus stehen: von detaillierten Energievorschriften für jede Sanierung bis hin zu Einschränkungen unseres täglichen Lebens (Fleisch- und Flugverbot? Heizungs-Thermostat-Regeln? Fahrverbote an gewissen Tagen? Energiesparzwang im Gewerbe?).

Auch weitere Abgaben und Steuern zugunsten des «Klimaschutzes» sind denkbar, um lenkend einzugreifen oder staatliche Förderprogramme zu finanzieren. **Die Bevölkerung würde mit immer mehr Schikanen konfrontiert**, wenn die Bürokratie einmal mit Verweis auf das ehrgeizige Gesetzesziel in Fahrt kommt.

Alle müssten mehr bezahlen: Den Gemeinden etwa drohen beträchtliche Mehrkosten, weil sie neue Energiekonzepte ausarbeiten und umsetzen, Beratungsstellen aufbauen und Kontrollen durchführen müssen. Alle diese Kosten muss letztlich der Steuerzahler berappen. Gleichzeitig müsste auch der Kanton selbst seinen Verwaltungsapparat aufblasen, um all die Klimamassnahmen zu planen, zu überwachen und durchzusetzen.

Argumentarium **NEIN** zum Energiegesetz

Neue Stellen in der Verwaltung, teure Studien und Programme – die Steuerzahler im Kanton Zürich würden zur Kasse gebeten für eine fragwürdige Klimabürokratie. Saftige Steuererhöhungen sind so sicher wie das Amen in der Kirche.

Kurzum: **Die Revision des Energiegesetzes käme**

die Zürcherinnen und Zürcher teuer zu stehen. Wohnkosten würden steigen, Mobilität würde eingeschränkt, Jobs stünden auf dem Spiel. All das für ein Ziel, dessen Nutzen in keinem Verhältnis zum angerichteten Schaden steht. Gerade in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten ist eine solche Belastung fatal. Klimaschutz darf nicht bedeuten, dass man **Haushalte und Unternehmen in den finanziellen Abgrund treibt**. Doch genau das droht, wenn wir diesen Klima-Wahn gesetzlich festschreiben.

NEIN zu unglaubwürdiger Symbolpolitik

Trotz dieser drastischen Auswirkungen wäre der Kanton Zürich mit dem Netto-Null-Ziel 2040 letztlich keinen Schritt weiter – denn er kann es **allein gar nicht erreichen**. Das Gesetz verspricht etwas, wofür dem Kanton die **gesetzlichen Kompetenzen und die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten** fehlen. Es handelt sich um reine Symbolpolitik, die gut klingt, aber in der Praxis wirkungslos bleibt. Mehr noch: Das unrealistische Versprechen birgt ein hohes **Glaubwürdigkeitsrisiko** für die Politik – trotz hoher Kosten, überbordender Regulierung und zahlreicher Verbote.

Das neue Klimagesetz ist in erster Linie teure Symbolpolitik. Der Kanton Zürich wird das Weltklima nicht retten – ganz gleich, ob er seine Netto-Null-Ziele bis 2040 oder 2050 erreicht. Die globale Herausforderung der Klimaveränderung lässt sich nicht durch kantonale Alleingänge lösen. Was aber sicher ist: Die angestrebten Massnahmen verursachen erhebliche Kosten – für Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Hand.

Selbst wenn Zürich alle eigenen Spielräume ausschöpft, bleibt der Einfluss auf die weltweiten CO₂-Emissionen verschwindend gering. Die Kollateralschäden dafür wären riesig.

Ein solcher Alleingang wäre nicht nur wirkungslos, sondern auch riskant. Wenn andere Regionen nicht denselben Weg gehen, bleibt Zürich mit seinem Klima-Wahn alleine – während die tatsächliche Emissionsreduktion kaum spürbar ist. Die Kosten hingegen sind real: Hohe Investitionen in Förderprogramme, staatlich gesteuerte Umbauten und neue Auflagen belasten Bevölkerung und Wirtschaft spürbar – ohne dass der Kanton die Zielerreichung garantieren kann.

Zudem setzt das Gesetz stark auf dirigistische Vorgaben, starre Zeitpläne und kostspielige Subventionen – statt auf marktwirtschaftliche Anreize und technologische Entwicklung. Doch gerade Innovationen und Fortschritte in der Energie-, Gebäude- und Verkehrstechnik versprechen effizientere, bezahlbarere und langfristig tragfähige Lösungen. Es ist daher weder sinnvoll noch nachhaltig, bewährte Technologien vorzeitig zu verbieten oder künstlich zu verteuern, bevor bessere Alternativen breit verfügbar sind.

Klimapolitik braucht Realismus und Augenmass – nicht vorschnellen Aktionismus. Der Unterschied zwischen Netto-Null 2040 und 2050 ist nicht nur symbolisch: Er entscheidet über die Höhe der Belastung, über gesellschaftliche Akzeptanz und über die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Es bringt nichts, sich ambitionierte Ziele zu setzen, wenn sie weder realistisch noch umsetzbar sind. Im Gegenteil: Überzogene

Argumentarium **NEIN** zum Energiegesetz

Erwartungen führen zu Enttäuschung, Politikverdrossenheit – und letztlich zur Schwächung des Klimaschutzes insgesamt.

Wer das Klima wirksam schützen will, muss dort ansetzen, wo echte Wirkung erzielt werden kann – nicht dort, wo der Aufwand hoch und der Ertrag gering ist. Zürich soll mit kluger, pragmatischer Politik vorangehen – nicht mit teuren Versprechen, die mehr Schlagzeilen als Lösungen bringen.

NEIN zum Zürcher Klima-Wahn

Die Revision des Zürcher Energiegesetzes 2025 unter dem Banner eines **vorschnellen Klimaziels 2040** ist gut gemeint, bringt aber nur Verlierer. «Das Energiegesetz scheitert sowohl in der Theorie als auch in der Praxis.»

Unrealistische Klimaziele taugen nicht als seriöse Politikgrundlage – sie sind Illusionen, die später in Ernüchterung enden. Eine **konsequente Umsetzung** würde zudem **unerträgliche Belastungen** für Bürger und Wirtschaft mit sich bringen. Gleichzeitig ist das Vorhaben ein **Papiertiger**, weil Zürichs Möglichkeiten begrenzt sind und das meiste nur symbolisch bliebe.

Statt Klimaschutz mit Vernunft droht hier Klima-Aktionismus mit schädlichen Folgen. Sagen wir deshalb **NEIN zum Zürcher Klima-Wahn**. **Das Energiegesetz verspricht viel und hält wenig. Wird dieses Gesetz Realität, steuert der Kanton Zürich blindlings in eine Zukunft voller Zwang, Verbote und Wohlstandsverlust – ein Irrweg, der unser Leben, unsere Freiheit und unsere Heimat aufs Spiel setzt.**

Deshalb sagen wir:

**Zürcher
Klima-Wahn
NEIN**